

## Pressemitteilung

### **Geplante Krankenhausreform gefährdet nach Auffassung der Fraktion BVR/FW im Kreistag Vorpommern-Rügen, die gesundheitliche Versorgung der Bürgerinnen und Bürger im Landkreis.**

16.03.2023



Wir, die Mitglieder der Fraktion BVR/FW, sind wirklich entsetzt darüber, dass infolge politischer Entscheidungen auf Bundesebene Krankenhäuser der ländlichen Regionen ihre Leistungen stark einschränken sollen bzw. geschlossen werden müssen. Sollte dies wirklich Ziel und Sinn dieser vom Gesundheitsminister Herrn Lauterbach angedachten Krankenhausreform sein?

Wenn die Krankenhausreform wie geplant durchgesetzt würde, rechnet die Fraktion BVR/FW mit erheblichen Problemen in unserem Landkreis Vorpommern-Rügen. In ganz MV müsste mit der Schließung von Stationen wie z.B. Geburtstationen, Urologie, Neurologie gerechnet werden, was zu erheblichen Einschränkungen in der Gesundheitsversorgung führen würde.

Dazu kommt, dass in kleinen Krankenhäusern insbesondere auch in unserem Landkreis die Notaufnahme und die Intensivstationen geschlossen werden müssten, was wiederum dazu führen würde, dass wichtige Operationen im ländlichen Raum nicht mehr zeitnah und ortsnah möglich wären. Zudem müsste damit gerechnet werden, dass außerhalb der Kernarbeitszeiten keine Ärzte mehr im Krankenhaus sind, sondern nur noch in Rufbereitschaft. Fraktionsmitglied Rita Falkert sagt dazu: „Es ist wichtig, dass kleine Krankenhäuser, gerade in unserem Flächenkreis, ein großes Leistungsangebot aufrecht erhalten“.

„Es muss auch zukünftig sichergestellt werden, dass kurze Wege für wichtige Behandlungen in den Krankenhäusern des Landkreises erhalten bleiben“, so Monika Wenzel vom Ausschuss für Soziales und Gesundheit. Eine Verlängerung der Wege ins Krankenhaus können gesundheitsgefährdend sein und sind demzufolge auch aus sozialer Sicht inakzeptabel.

Die Mitglieder der Fraktion BVR/FW fordern den Landrat auf, sich gemeinsam mit der Landesregierung MV verstärkt dafür zu engagieren, dass gut ausgestattete Krankenhäuser mit einem bedarfsgerechten Leistungsangebot in unserem Flächenlandkreis mit seinen 226.000 Einwohnern erhalten bleiben. Es kann nicht sein, dass wegen falsch verstandener Einsparungen im Gesundheitswesen die Gesundheit und Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger eingeschränkt wird, so der Fraktionsvorsitzende Mathias Löttge abschließend.

gez. Mathias Löttge  
Fraktionsvorsitzender